Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
1	AG-29 Arbeitsgemeinschaft der anerkannten Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein	03.02.2017	X		<p>Vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen zu dem vorgenannten Verfahren, zu dem die in der AG-29 zusammengeschlossenen Naturschutzverbände wie folgt Stellung nehmen.</p> <p>Nach dem Abbau der Gastanks auf dem Betriebsgelände sollen sieben Einfamilienhäuser errichtet werden.</p> <p>Dabei wurde die beschleunigte Verfahrensart nach §13a BauGB zur Innenentwicklung gewählt.</p> <p>Dies Verfahren wird von der AG-29 kritisch beurteilt, besonders wenn davon auch Grünstrukturen betroffen sind.</p> <p>Es entfällt dadurch eine Umweltprüfung und eventuell notwendige Ausgleichsmaßnahmen.</p> <p>In diesem Falle sind Grünstrukturen an der Stellplatzanlage und im südlichen Teil betroffen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Sachverhalt ist korrekt.</p> <p>Es wird das Verfahren nach § 13 a BauGB 'Bebauungspläne der Innenentwicklung' gewählt, da eine Fläche überplant wird, die Bestandteil des Betriebsgeländes des 'Ferienzentrums Holm' ist und die über mehrere Jahrzehnte für die Lagerung von unterirdischen Gastanks genutzt wurde. Es handelt sich somit um eine Wiedernutzbarmachung einer vormals betrieblich genutzten Fläche.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Sachverhalt ist korrekt. Gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 4 BauGB sind naturschutzrechtliche Eingriffe zulässig, ohne dass ein Ausgleich erforderlich ist.</p> <p>Der Sachverhalt ist korrekt.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Der 55 m lange Gehölzsaum der Stellplatzanlage wird deutlich verkleinert sowie der Baumbestand erheblich reduziert.</p> <p>Zusammen mit den Versiegelungen im Zuge der 14 neu entstehenden Stellplätze bei den Wohneinheiten bedingen dies u. E. ein Ausgleichserfordernis, das innerhalb des Plangebietes zu erfüllen ist.</p> <p>Kritisch wird auch die mangelnde Berücksichtigung der südlichen Grenze des Plangebietes beurteilt. Hier ist die Arrondierung zu bestehenden Wohngebieten geplant, wobei auch hier Großbäume und Gehölze vorhanden sind.</p> <p>Der Hinweis auf Gehölzsäume außerhalb des Plangebietes am Kapellenweg ist nicht ausreichend, um den Verlust an Lebensräumen und die Eingrünung des Gebietes zu rechtfertigen.</p> <p>Die AG-29 fordert daher eine umfangreichere Ausweisung von Flächen zum Schutz der Natur (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 i. V. m. Nr. 25 BauGB) als in der Planung dargestellt, da auf den neuen Privatgrundstücken natürliche Lebensräume der vorhandenen Vogelpopulationen aufgrund der Baudichte entfallen.</p>	<p>Der Sachverhalt ist korrekt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, aber nicht geteilt. Wie bereits oben dargelegt wurde, sind in einem Planverfahren, das auf der rechtlichen Grundlage von § 13 a BauGB durchgeführt wird, Eingriffe zulässig, ohne dass ein Ausgleichserfordernis besteht.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist zutreffend, dass in diesem Bereich einige Erlen beseitigt werden sollen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, aber nicht geteilt. Die Gemeinde hält die Beseitigung der Gehölze für vertretbar. Es werden zwar dadurch Brutplätze für Vögel beseitigt, aber deren Anzahl ist gering.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, aber nicht geteilt. Die Gemeinde vertritt den Standpunkt, dass der Verlust von einigen Brutplätzen für Vögel hinnehmbar ist. Es werden Gehölze beseitigt, die sowohl in Siedlungsgebieten als auch in der</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Die Aussage, dass der Erhaltungszustand der nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG europäisch besonders geschützten Vogelarten durch den Verlust von Bruthabitaten keine Auswirkungen haben wird (Begründung Kap.7 S.14), beruht auf einer Annahme, die mangels fehlender Untersuchungen nicht gerechtfertigt ist.</p>	<p>Landschaft häufig vorkommen. Hierdurch werden ausschließlich Vogelarten, die weit verbreitet sind und häufig vorkommen (z.B. Amsel, Zaunkönig, Gartengrasmücke) einige Brutplätze verlieren. Hierdurch wird sich der Erhaltungszustand der lokalen Populationen der betroffenen Vogelarten nicht verschlechtern.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, aber nicht geteilt. Es wird darauf hingewiesen, dass das Plangebiet dem Siedlungsgebiet zugeordnet werden kann. Im Siedlungsgebiet kommen vorwiegend Vogelarten vor, die sich an die Nähe des Menschen gewöhnt haben. Sowohl in dem Ahorn-Gebüsch und an den drei Eschen (an der Stellplatzanlage) als auch an den Erlen (am Garten eines Wohngrundstücks) brüten ausschließlich weit verbreitete und allgemein häufig vorkommende Vogelarten. Da die Gehölzstrukturen, die beseitigt werden sollen, insgesamt nur eine kleine Fläche einnehmen, ist nur eine geringe Anzahl an Brutplätzen durch die Beseitigung der Gehölze betroffen.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
					Die AG-29 macht darauf aufmerksam, dass die umwelt- und naturschutzfachlichen Standards bei der Umsetzung der Planung einzuhalten sind.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass die geltenden rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.
2	Amt Probstei für die Nachbargemeinden Barsbek, Stakendorf, Wisch, Fiefbergen, Höhndorf, Krummbek, Krokau					
3	Amt Probstei Abteilung II.3	30.01.2017		X	Gegen die Ziele und Zwecke sowie Inhalte der Planung zur Aufstellung der 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 der Gemeinde Schönberg bestehen seitens der Abteilung 'Hochbau - Tiefbau und Liegenschaften' des Amtes Probstei keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
4	Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein	19.01.2017		X	Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem. § 2 (2) DSchG in der Neufassung vom 30.12.2014 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu. Darüber hinaus verweisen wir auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis zu der Rechtslage, die sich nach § 15 DSchG ergibt, wird zur Kenntnis genommen.

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
					<p>unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.</p> <p>Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.</p> <p>Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
5	<p>Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.</p> <p>Landesverband Schleswig-Holstein e.V.</p>					

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
6	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Sparte Facilitymanagement					
7	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	27.12.2016	X		<p>Im oben genannten Verfahren gibt die Bundeswehr bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Die Bundeswehr ist betroffen, hat aber keine Einwände/ Bedenken zum Vorhaben bei Einhaltung der beantragten Parameter.</p> <p>Allgemeines Wohngebiet mit GH bis zu 8,50 Meter</p> <p>Eine weitere Beteiligung des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen ist <u>in diesem Fall</u> nicht weiter notwendig.</p> <p>Nach den mir vorliegenden Unterlagen gehe ich davon aus, dass die baulichen Anlagen - einschließlich untergeordneter Gebäudeteile - eine Höhe von 30 Meter <u>über Grund</u> nicht überschreiten werden.</p> <p>Sollte diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen - vor Erteilung einer</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Angabe der maximal zulässigen Gebäudehöhe ist korrekt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Sachverhalt ist korrekt. Es ist eine maximale Gebäudehöhe von 8,50 m festgesetzt. Diese Gebäudehöhe darf um 1,00 m für technische Anlagen überschritten werden. Damit ergibt sich eine zulässige Gesamthöhe von maximal 9,50 m.</p> <p>Die Überschreitung einer Höhe von 30 m über Grund kann ausgeschlossen</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				Baugenehmigung - nochmals zur Prüfung zuzuleiten.	werden.
8	Deutsche Post AG Vertriebsdirektion Brief Hamburg				
9	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH	21.12.2016	X	<p>Wir bedanken uns für die Zusendung der Unterlagen.</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.</p> <p>Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die o.a. Planung haben wir keine Bedenken, weitere folgende Hinweise bitten wir aber zu beachten:</p> <p>Generell gilt für zukünftige Baugebiete folgender Grundsatz:</p> <p>Die Telekom prüft die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentscheidung treffen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei einem bereits bestehenden oder geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten.</p> <p>Die Versorgung der Bürger mit Universaldienstleistungen nach § 78 TKG wird sichergestellt.</p> <p>Im Fall eines Netzausbaus durch die Telekom, bitten wir, aus wirtschaftlichen Gründen sicherzustellen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass für den Ausbau des Telekommunikationsnetzes im Erschließungsgebiet eine ungehinderte und unentgeltliche Nutzung der künftigen Straßen und Wege möglich ist, • dass auf Privatwegen (Eigentümerwegen) ein Leitungsrecht zugunsten der Telekom Deutschland GmbH eingeräumt und im Grundbuch eingetragen wird, • dass eine rechtzeitige Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt, • dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter der folgenden Adresse so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden. 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er wird bei der Erschließungsplanung berücksichtigt werden.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass ein Leitungsrecht zugunsten der Versorger festgesetzt ist. Eine Eintragung des Leitungsrechts in das Grundbuch wird nicht erfolgen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er wird bei der Erschließungsplanung beachtet werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er wird bei der Erschließungsplanung beachtet werden.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
					<p>Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 11, Planungsanzeigen Fackenburger Allee 31 23554 Lübeck</p> <p>Alternativ kann die Information gern auch als E-Mail zugesandt werden. Die Adresse hat folgende Bezeichnung: T-NL-N-PTI-11-Planungsanzeigen@telekom.de</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
10	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Schönberg					
11	Finanzamt Plön					
12	Freiwillige Feuerwehr Schönberg					
13	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	16.01.2017		X	<p>Die mir zugesandten Planunterlagen habe ich auf die Belange des Landes Schleswig-Holstein hin überprüft und erhebe hierzu keine Einwände, da keine Landesliegenschaften betroffen sind.</p> <p>Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
14	Gewässerunterhaltungsverband Schönberger Au					

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
15	Handwerkskammer Lübeck	31.01.2017	X		<p>Nach Durchsicht der uns übersandten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass in obiger Angelegenheit aus der Sicht der Handwerkskammer Lübeck keine Bedenken vorgebracht werden.</p> <p>Allerdings ist es nicht ersichtlich, warum auch nicht störende Handwerksbetriebe ausgeschlossen werden sollen.</p> <p>Sollten durch die Flächenfestsetzungen Handwerksbetriebe beeinträchtigt werden, wird sachgerechter Wertausgleich und frühzeitige Benachrichtigung betroffener Betriebe erwartet.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass die vorliegende Planung das Ziel verfolgt, Baugrundstücke für die Wohnbebauung zu schaffen. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass Handwerksbetriebe Ziel- und Quellverkehr verursachen, der in einem Wohngebiet zu Störungen führen kann. Dieses Konfliktpotential soll zugunsten der Wohnnutzung ausgeschlossen werden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Plangebiet keine Handwerksbetriebe ansässig sind.</p>
16	Hauptzollamt Kiel	29.12.2016		X	Ich habe keine Einwände gegen die Änderung des Bebauungsplanes.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
17	Industrie- und Handelskammer zu Kiel	22.12.2016		X	<p>Wir bedanken uns für die Einbindung in das oben genannte Verfahren.</p> <p>Die IHK zu Kiel erhebt gegen das Planverfahren keine Bedenken.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
18	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein Referat Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht					
19	Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein					
20	Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein Abteilung Technischer Umweltschutz					

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
21	Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein Untere Forstbehörde	11.01.2017	X		Die Belange der Forstbehörde werden von der o.a. Planung nicht berührt. Bei den mit Gehölzen bestandenen Flächen im 30 m Abstandsbereich der geplanten Bebauung handelt es sich aufgrund der geringen Breite und geringen Flächengröße um einzelne Baumgruppen und Baumreihen (Feldgehölze) und nicht um Wald gemäß LWaldG.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
22	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein Betriebsstätte Kiel	25.01.2017	X		Zu den mir vorgelegten Planunterlagen nehme ich in Hinblick auf die Belange des Küsten- und Hochwasserschutzes wie folgt Stellung: Die Belange des Küsten- und Hochwasserschutzes wurden berücksichtigt. Redaktionelle Anmerkung aufgrund der am 09.09.2016 in Kraft getretenen Änderung des Landeswassergesetzes: <u>Begründung 9. "Gefährdung durch Hochwasser - Risikogebiet"</u> Bauverbote gem. § 80 Landeswassergesetz (LWG) bestehen nicht, da das Plangebiet durch einen Landesschutzdeich geschützt ist (siehe § 80 Abs. 1. Nr.4 i.V.m. Abs. 2 Nr. 6 LWG) Hinweise:	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Ergänzung zur rechtlichen Vorschrift wird in die Begründung aufgenommen.

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
					<p>Auf Grund dieser Stellungnahme können Schadenersatzansprüche gegen das Land Schleswig-Holstein nicht geltend gemacht werden.</p> <p>Eine gesetzliche Verpflichtung zum Schutz der Küste vor Abbruch und Hochwasserschutz besteht nicht und kann aus dieser Stellungnahme nicht abgeleitet werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
23	Landeskriminalamt Kampfmittelräumdienst	31.01.2017	X		<p>Hiermit teile ich Ihnen mit, dass für das Gebiet keine Auskunft zur Kampfmittelbelastung gem. § 2 Abs. 3 Kampfmittelverordnung S-H erfolgt.</p> <p>Eine Auskunftseinholung beim Kampfmittelräumdienst S-H ist nur für Gemeinden vorgeschrieben, die in der benannten Verordnung aufgeführt sind.</p> <p>Die Gemeinde Schönberg liegt in keinem uns bekannten Abwurfgebiet.</p> <p>Für die durchzuführenden Arbeiten bestehen aus Sicht des Kampfmittelräumdienstes keine Bedenken.</p> <p>Zufallsfunde von Munition sind jedoch nicht gänzlich auszuschließen und unverzüglich der Polizei zu melden.</p> <p>Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
24	Die Landrätin des Kreises Plön	27.02.2017	X		Die Stellungnahme des Kreises zu der o.g. Planung erfolgt durch das Protokoll des Planungsgespräches vom 22.2.2017.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Das Protokoll entspricht der Stellungnahme der Landesplanungs-

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Dazu ergänzend teile ich Ihnen nachfolgend die Stellungnahme der Fachämter zu dem Entwurf mit.</p> <p>Die untere Wasserbehörde m.H. teilt mit:</p> <p>Die vorgelegten Planunterlagen sind für eine wasserrechtliche Bewertung ausreichend.</p> <p>Grundsätzlich bestehen seitens der unteren Wasserbehörde keine Bedenken.</p> <p>Die Gemeinde Schönberg ist gem. § 30 Abs. 1 Landeswassergesetz (LWG) zur Abwasserbeseitigung im Rahmen der Selbstverwaltung verpflichtet.</p> <p>Um diese Abwasserbeseitigungspflicht auf Dritte per Satzung übertragen zu können, bedarf es eines genehmigten Abwasserbeseitigungskonzeptes gem. § 31 Landeswassergesetz (LWG) für das Gemeindegebiet.</p> <p>1. Oberflächenwasserbeseitigung</p> <p>Für geplante Einleitungen von Oberflächenwasser in das Grundwasser sind Einleitungserlaubnisse gemäß § 8 WHG zu beantragen.</p>	<p>behörde (siehe Nr. 26). Eine Abwägung erfolgt dort.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Rechtslage ist der Gemeinde bekannt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde nicht beabsichtigt, die Zuständigkeit für die Abwasserbeseitigung zu übertragen bzw. abzugeben.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Oberflächenwasser in die Regen-</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Bei Anschluss an das vorhandene Regenwasserkanalnetz bzw. an die vorhandene Regenwasservorflut zur Einleitungsstelle 0015-RW-08 der Gemeinde Schönberg ist darauf zu achten, dass der Betrieb der Anlagen entsprechend den Regeln der Technik erfolgen (§ 34 LWG) muss, d.h. die Kanalisation und die Vorflutgräben ausreichend dimensioniert sind.</p> <p>2. Schmutzwasserbeseitigung</p> <p>Beim Bau und Betrieb der Schmutzwasserkanalisation sind die Regeln der Technik einzuhalten (§ 34 LWG).</p> <p>3. Hochwasserrisikogebiet</p> <p>Auf Grund der bestehenden Höhenlage > 1,00 mNN gehört die Erschließungsfläche nicht unmittelbar zum Überflutungsgebiet bei Binnenhochwasserereignissen (Salzwiesenniederung).</p> <p>Das Gelände des Erschließungsgebietes liegt nur geringfügig über den Hochwasserlagen von 2002.</p> <p>Die Bebauungsplanung muss diese Umstände erfassen und berücksichtigen.</p>	<p>wasser-Kanalisation eingeleitet werden soll.</p> <p>Die Hinweise werden bei der Erschließungsplanung beachtet werden.</p> <p>Der Hinweis wird bei der Erschließungsplanung beachtet werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, aber nicht geteilt. Das Hochwasser im Jahr 2002 entstand durch Regenfälle, die zu einer Überstauung der Salzwiesen-</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				Der hohe Grundwasserstand ist bei der Planung zu berücksichtigen.	<p>Niederung führten. Hierbei handelte es sich um ein extremes Wetterereignis, wobei das Hochwasser das Plangebiet nicht erreichte. Eine allgemeine Gefährdung des Plangebietes ist aus heutiger Sicht nicht zu erkennen. Das Szenario, dass sich das Wasser in der Salzwiesen-Niederung so hoch aufstaut, dass das Plangebiet überschwemmt wird, ist nicht wahrscheinlich. Die Gemeinde hält es nicht für erforderlich, in dem Bebauungsplan eine Regelung für etwas aufzunehmen, das nach dem heutigen Erfahrungsstand nicht als wahrscheinlich anzusehen ist.</p> <p>Das Plangebiet ist in der Planzeichnung als 'Hochwasser-Risikogebiet' gekennzeichnet. Damit erfolgt ein Hinweis auf eine potentielle Hochwasser-Gefährdung. Diese Hochwasser-Gefährdung bezieht sich auf ein außerordentliches Hochwasser der Ostsee.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, aber nicht geteilt. Es wird darauf hingewiesen, dass im Plangebiet der mittlere Flurabstand des Grundwassers mehr als 1,00 m beträgt. Es</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>4. Gewässer</p> <p>Verbandsgewässer sind nicht direkt betroffen.</p> <p>5. Anzeige auf Erweiterung der Wasseraufbereitung / Wasserversorgung</p> <p>Die Wasserversorgungsanlagen sind gemäß den anerkannten Regeln der Technik zu erweitern.</p> <p>6. Altlasten</p> <p>Von Seiten der unteren Bodenschutzbehörde bestehen gegen den Entwurf keine Bedenken.</p> <p>Im Plangebiet befinden sich keine Altlasten und keine altlastverdächtigen Flächen.</p> <p>Der öffentl.-rechtl. Entsorgungsträger m.H. teilt mit:</p>	<p>wird zudem darauf hingewiesen, dass über mehrere Jahrzehnte Gastanks im Boden eingegraben waren. Diese Gastanks lagen oberhalb des mittleren Flurabstandes des Grundwassers.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird bei der Erschließungsplanung beachtet werden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Zu der geplanten Maßnahme nimmt das Amt für Abfallwirtschaft wie folgt Stellung:</p> <p>Der geplante Stichweg (mit GFL) zu den zurückliegenden Gebäuden wird mangels ausreichend dimensionierter Wendemöglichkeit nicht mit dem Müllwagen befahren.</p> <p>Der zum Zweck der Entsorgung der rückliegenden Bebauung eingerichtete Müllsammelplatz am Kapellenweg sollte gemäß der Anforderungen an Sammelplätze (siehe Ziff. 7 des beigefügten Merkblattes) gestaltet werden und ausreichend groß dimensioniert sein.</p> <p>Die Befahrbarkeit des wassergebundenen Abschnitts der Straße Bramhorst wäre noch herzustellen. Die Durchfahrt ist zur Zeit zu schmal. Die Fahrbahn müsste auf 3,55 m verbreitert werden (siehe auch Ziff. 5 des Merkblattes), Schlaglöcher müssten ausgebessert werden und die in die Fahrbahn hereinragenden Büsche müssten gekürzt werden (siehe beigefügte Zeichnung zum Lichtraumprofil).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass am 'Kapellenweg' ein Müllsammelplatz errichtet werden soll.</p> <p>Die Hinweise werden bei der Erschließungsplanung berücksichtigt werden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, aber nicht geteilt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Straße 'Bramhorst' bereits seit Jahren von den Müllfahrzeugen befahren wird. Die Straßenbefestigung (mit Schotter) ist für Müllfahrzeuge tragfähig. Der mit Schotter befestigte Abschnitt weist eine Breite von 3,00 m auf. Da die Breite des Müllfahrzeuges 2,55 m beträgt, kann das Müllfahrzeug den Weg befahren. Eine Verbreiterung des Weges auf 3,55 m wird als unverhältnismäßig angesehen, da eine Befahrung des 3,00 m breiten Weges grundsätzlich möglich ist. Der</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Es müsste ferner sichergestellt werden, dass das Amt für Abfallwirtschaft andauernde Fahrrechte auf dem Weg erhält und im Winter muss der Weg ordnungsgemäß geräumt werden.</p> <p>Wenn der Weg entsprechend verbreitert wird, ist evtl. ein weiterer Klapppfosten von Nöten.</p> <p>Sollte die Straße Bramhorst nicht dementsprechend hergerichtet werden, ist sie mit Müllfahrzeugen nicht befahrbar. Der bereits ausgewiesene Behältersammelplatz müsste dann größer dimensioniert werden, da er als Sammelplatz für alle Grundstücke dienen müsste, die Einfahrt der Stichstraße (GFL) müsste</p>	<p>erforderliche Sicherheitsabstand von je 0,50 m zu jeder Seite (2,55 m + 0,50 m + 0,50 m = 3,55 m) wird dadurch sichergestellt, dass die Randstreifen zu beiden Seiten des geschotterten Weges öffentlich sind und somit dem Straßenraum zuzurechnen sind.</p> <p>Die Gemeinde wird die Schlaglöcher ausbessern. Ein Rückschnitt der Gehölze wird ebenfalls erfolgen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der Straße 'Bramhorst' um eine öffentliche Straße handelt. Eine Nutzung der Straße durch die Müllabfuhr ist somit sichergestellt. Für die Schneeräumung ist die Gemeinde zuständig.</p> <p>Wie bereits oben dargelegt wurde, wird die Straße 'Bramhorst' nicht verbreitert werden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, aber nicht geteilt. Wie bereits oben dargelegt wurde, weist die öffentliche Straßenverkehrsfläche eine Breite von mehr als 3,55 m auf, wobei</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>durch entsprechende Halteverbotsschilder ausgestattet werden, um eine Wendemöglichkeit für das Müllfahrzeug im Einmündungsbereich sicherzustellen.</p> <p>Die UNB m.H. teilt mit:</p> <p>Zum Planinhalt sind aus der Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege folgende Anregungen vorzubringen.</p> <p>Die geplanten Gehölzrodungen sind aus Artenschutzgründen ausschließlich innerhalb der gesetzlichen Frist gemäß § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG vom 1. Oktober bis zum 28. Februar durchzuführen.</p> <p>Die untere Bauaufsicht m.H teilt mit:</p> <p>Bitte prüfen Sie, ob die Festsetzung über Zahl und Lage der Stellplätze mit dem Zuschnitt des Baugrundstücks am Nordrand des Baugebietes vereinbar ist.</p>	<p>der befestigte Weg 3,00 m breit ist. Es wird darauf hingewiesen, dass die Müllfahrzeuge bereits heute die Strecke 'Kapellenweg - Bramhorst' befahren. Die Einfamilienhaus-Grundstücke, die südlich des Plangebietes an der Straße 'Bramhorst' liegen, werden von den Müllfahrzeugen angefahren. Die vorliegende Planung führt somit hinsichtlich der Befahrung der Straßen 'Kapellenweg' und 'Bramhorst' für die Müllabfuhr zu keiner Veränderung.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er wird bei der Bauausführung bzw. bei deren Vorbereitung beachtet werden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist zutreffend, dass die 'Fläche für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen' knapp bemessen ist. Die Fläche ist aber ausreichend groß,</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung	
		Ja	Nein			
				Treffen Sie ggfls. Regelungen zur Fläche Nichtanrechnung nichtüberdachter Terrassen auf die max. GR.	um zwei Stellplätze unterbringen zu können. Um etwas mehr Freiheit in der Anordnung zu erhalten, wird der Abstand, der zwischen der Straßenverkehrsfläche und den überdachten Stellplätzen bzw. den Garagen eingehalten muss, von 5,00 m auf 3,00 m reduziert. Die textliche Festsetzung wird entsprechend geändert. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird eine zusätzliche textliche Festsetzung aufgenommen, die festlegt, dass Terrassen bis zu einer Flächengröße von 25 m ² nicht auf die maximal zulässige Grundfläche von 120 m ² angerechnet werden.	
25	Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein	24.01.2017		X	Aus unserer Sicht bestehen zu der o.a. Bauleitplanung keine Bedenken bzw. Änderungswünsche.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
26	Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein Staatskanzlei Landesplanungsbehörde				<u>Anmerkung:</u> Die Landesplanungsbehörde hat keine Stellungnahme abgegeben. Die schriftliche Stellungnahme wird ersetzt durch ein Planungsgespräch, das am 22.02.2017 stattfand. An dem Planungsgespräch nahmen Vertreter der Landesplanungsbehörde, des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten (Referat Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht), des Kreises Plön und der Gemeinde teil.	

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Das Protokoll des Planungsgespräches wird nachfolgend wiedergegeben:</p> <p>Anlass des Gesprächs</p> <p>Die Gemeinde Schönberg verfolgt mit der o.g. Bauleitplanung das Ziel, ein Allgemeines Wohngebiet mit sieben Bauplätzen im Ortsteil Holm festzusetzen.</p> <p>Die Fläche ist wie die östlich angrenzenden Flächen (u. a. Appartemthochhaus) im Flächennutzungsplan der Gemeinde als Sondergebiet „Gewerblicher Tourismus, Seniorenwohnungen und Pflegeheim“ dargestellt.</p> <p>Der Küstenstreifen der Gemeinde Schönberg ist im Landesentwicklungsplan und im Regionalplan als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung dargestellt.</p> <p>Landesplanung und Kreisplanung haben das Planungsgespräch angeregt, um die Planungsabsichten der Gemeinde im Hinblick auf die touristische Schwerpunktsetzung zu erörtern.</p> <p>Planungsziele der Gemeinde</p> <p>Die Gemeinde berichtet zunächst, dass inzwischen sämtliche Appartements im angrenzenden Hochhaus an Einzeleigentümer verkauft worden sind. Diese werden inzwischen vielfach als Dauerwohnungen genutzt. Für die Gemeinde hat die Fläche der</p>	<p>Das Planungsziel wird korrekt wiedergegeben.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Planungsziele der Gemeinde werden korrekt wiedergegeben.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>14. B-Plan-Änderung nur untergeordnete Bedeutung. Sie sieht diese als Fortführung des bereits bestehenden, südlich angrenzenden Wohngebietes. Insofern unterstützt sie das Anliegen des Grundstückseigentümers, diese Fläche wohnbaulich zu nutzen.</p> <p>Hinweise aus Sicht der Regional-, Kreis- und Ortsplanung</p> <p>Es besteht Einigkeit darüber, dass die Fläche der 14. B-Plan-Änderung als „Restfläche“ betrachtet werden kann. Ziele der Raumordnung stehen der angestrebten Nutzung nicht entgegen.</p> <p>Gleichwohl werden folgende Hinweise gegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Ortsteil Holm ist nur bedingt für eine weitergehende wohnbauliche Entwicklung geeignet, die Hauptortslage bietet im Hinblick auf die Veränderung der demografischen Nachfragestrukturen deutlich günstigere Rahmenbedingungen. • Hinsichtlich der Lage im Gemeindegebiet befindet sich die Planfläche in einem Bereich, der vorrangig für touristische Zwecke zu nutzen und zu entwickeln ist. Das bestätigt auch die Flächendarstellung im Ortsentwicklungs- und Tourismuskonzept. Die Arrondierung der angrenzenden 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass mit der vorliegenden Planung die bestehende Wohnnutzung um sieben Baugrundstücke ergänzt werden soll. Eine weitergehende wohnbauliche Entwicklung ist im Ortsteil Holm nicht vorgesehen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist zutreffend, dass sich das Plangebiet auf eine Teilfläche des Betriebsgeländes des 'Ferienzentrums Holm' erstreckt. Es wird jedoch darauf</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>faktischen Wohnnutzung ist zwar als Planungsansatz nachvollziehbar, grundsätzlich steht er aber im Konflikt mit dem übergeordneten Ziel der touristischen Nutzung der strandnahen Flächen im Gemeindegebiet Schönberg.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Angesichts der gerade mit erheblichem Aufwand umgesetzten Planung für ein Ferienhausgebiet im Ortsteil Holm (B 65) wäre die weitere Stärkung der touristischen Funktion des Ortsteils durch eine touristische Flächennutzung als vorrangig zu betrachten. • Im Hinblick auf die begrenzten baulichen Entwicklungsmöglichkeiten im Ortsteil Holm kann auch diese relativ kleine Fläche strategische Bedeutung haben als „Spielmasse“ für z.B. Verlegung von Parkplätzen, Neugestaltungen des Marktplatzes (vgl. Orts- und Tourismuskonzept 2030 der Gemeinde), Standort für touristische Infrastrukturen. Insofern sollte geprüft werden, die Fläche als „Reservefläche“ für eine Sicherung und Entwicklung der Tourismusfunktionen zunächst freizuhalten. • Es wird angeregt, mit der ortsansässigen Schönberg-Klinik über mittel- bis langfristige Flächenbedarfe zu sprechen und zu prüfen, ob die fragliche Fläche ggf. für Erweiterungen 	<p>hingewiesen, dass das Plangebiet im Randbereich des Betriebsgeländes liegt und dass dieser Randbereich für eine touristische Weiterentwicklung des Ferienzentrums keine Bedeutung hat.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Plangebiet für das 'Ferienzentrum Holm' keine Bedeutung hat. Die Fläche des Plangebietes wurde über mehrere Jahrzehnte zur unterirdischen Lagerung von Gastanks genutzt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass das 'Ferienzentrum Holm' einem strukturellen Wandel unterliegt. Die Fläche des Plangebietes ist auf dem Betriebsgelände eine Randfläche, die durch die Beseitigung der Gastanks frei geworden ist. Da diese Freifläche von den übrigen Freiflächen des Betriebsgeländes abgetrennt ist, hat sie für den Betrieb des Ferienzentrums keine Bedeutung.</p> <p>Die Gemeinde nimmt die Anregung zur Kenntnis. Soweit der Gemeinde bekannt ist, bestehen keine Anfragen</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>genutzt werden kann. Infrage könnten dabei neben reinen Kliniknutzungen ggf. auch Mitarbeiterwohnungen. Auch für die anderen Tourismusbetriebe, die Saisonpersonal beschäftigen, wäre zu prüfen, ob von dort der Bedarf an einer strandnahen Unterbringungsmöglichkeit besteht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Gemeinde sollte die Funktion von Zweitwohnnutzungen kritisch prüfen. § 22 BauGB bietet erweitert Steuerungsmöglichkeiten, d.h. dass durch die Aufstellung einer Fremdenverkehrssatzung künftig Zweit- und Nebenwohnnutzungen unter einen Genehmigungsvorbehalt der Gemeinde gestellt werden könnte. • Es wird angeregt, den im Ortsentwicklungskonzept angesprochenen „Ideenwettbewerb Holm“ auf die an das Hochhaus angrenzenden Freiflächen auszudehnen. Der Entwurf trifft zu dem Ortsentwicklungskonzept und dessen Aussagen zur Planfläche keine Aussagen. • Seitens der Kreisplanung wird noch auf Folgendes hingewiesen <ul style="list-style-type: none"> - Der Planentwurf trifft zu den erstrangig zu betrachteten Planungszielen im Strandbereich keine Aussagen. 	<p>von anderen Betrieben für eine Nutzung dieser Fläche. Der Betreiber des 'Ferienzentrums Holm' und die Klinik stehen im Dialog. Die Klinik hat kein Interesse an der Fläche.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde sieht keinen Regelungsbedarf. Eine Nutzung als Zweitwohnung soll in dem 'Allgemeinen Wohngebiet' weder ausgeschlossen noch beschränkt werden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass dem Plangebiet für die Entwicklung des 'Ferienzentrums Holm' keine Bedeutung beigemessen wird. Aus diesem Grund werden im Ortsentwicklungskonzept keine Aussagen zu dem Plangebiet getroffen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde verweist darauf, dass der Umstand, dass das Plangebiet in einem 'Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung' liegt, nicht bedeutet, dass eine Wohnnutzung</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>- Der Entwurf trifft keine Aussage darüber, welche Auswirkungen mit dem Wegfall der überplanten Stellplatzfläche verbunden ist.</p> <p>Insbesondere wäre der Nachweis zu führen, ob sich dort bauordnungsrechtlich gebundene Stellplatznachweise befinden.</p>	<p>(Dauerwohnen) ausgeschlossen ist.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Wegfall der Stellplätze keine Auswirkungen hat, da es sich um Ersatz-Stellplätze handelt, für die kein Bedarf mehr besteht. Durch den Wegfall von Nutzungen hat sich der Bedarf an Stellplätzen reduziert. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Stellplätze in der Zeit, in der die Gastanks unterirdisch auf der Fläche gelagert wurden, nicht zugänglich waren, da sie im Sicherheitsbereich der Gasanlage lagen. Die Stellplätze waren durch eine Abzäunung abgesperrt. Auf dem Betriebsgelände des 'Ferien-zentrums Holm' werden ohne Einbeziehung der Stellplätze, die wegfallen sollen, ausreichend viele Stellplätze vorgehalten.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass für die Stellplätze, die beseitigt werden sollen, keine Stellplatznachweise bestehen.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
					<ul style="list-style-type: none"> - Dem Entwurf fehlt die Aussage, wonach die südlich angrenzenden Baugebiete planungsrechtlich durch geltende Bebauungspläne, als Sondergebiete für den Fremdenverkehr, also nicht als Wohngebiete, festgesetzt sind. 	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist nicht erkennbar, inwieweit es für die vorliegende Planung von Bedeutung sein könnte, welche Art der baulichen Nutzung (hier: Sondergebiet) im Bebauungsplan Nr. 20 für den Bereich festgesetzt ist, der südlich an das Plangebiet angrenzt. Faktisch handelt es sich um ein Wohngebiet. Im Flächennutzungsplan (2006) ist das südlich angrenzende Baugebiet als 'Wohnbaufläche' dargestellt. Damit hat die Gemeinde das Baugebiet auf der übergeordneten Planungsebene aus dem Sondergebiet herausgelöst.
27	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein					
28	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein					

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
29	NABU Naturschutzbund Deutschland e.V.					
30	Schleswig-Holstein Netz AG Netzcenter Plön	16.01.2017	X		<p>Die uns zugesandten Unterlagen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 20 der Gemeinde Schönberg wurden im Hinblick auf unsere Belange geprüft.</p> <p>Auf folgende Punkte möchten wir hinweisen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im westlichen Bereich des Plangebietes verläuft ein 20 kV-Kabel. Da dieses Kabel nicht überbaut werden darf und jederzeit zugänglich muss, ist eine Umverlegung im Zuge der Erschließungsmaßnahme erforderlich. • Die Niederspannungskabel zur Versorgung mit elektrischer Energie müssen neu herangeführt werden. Für die Planung und Durchführung benötigen wir eine Vorlaufzeit von ca. 3 Monaten. Wir bitten um rechtzeitige Information vor Baubeginn. • Für den sicheren Betrieb des Stromnetzes ist die Aufstellung von Verteilerschränken notwendig. Wir bitten dieses bei den Planungen bereits zu berücksichtigen. 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er wird bei der Erschließungsplanung berücksichtigt werden.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie werden bei der Erschließungsplanung berücksichtigt werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Standorte der Verteilerschränke werden bei der Erschließungsplanung festgelegt werden.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
					<ul style="list-style-type: none"> • Sofern in der Planung die Erschließung von Grundstücken durch Privatwege vorgesehen ist, bitten wir für den Bau und Betrieb der Versorgungsleitungen um Eintragung von entsprechenden Wege- und Leitungsrechten. • Die Anpflanzung von Bäumen im Bereich unserer Leitungstrassen bitten wir mit uns abzustimmen, um später Schäden an unseren Anlagen und damit Versorgungsstörungen zu vermeiden. Das direkte Bepflanzen von Energietrassen sollte grundsätzlich vermieden werden. • Für Ihre Planung notwendige Bestandspläne der Schleswig-Holstein Netz AG erhalten Sie unter: leitungsauskunft@sh-netz.com. <p>Eine Kopie dieses Schreibens geht wunschgemäß an die von Ihnen angegebene EMail Adresse: stellungnahme@b2k-architekten.de.</p> <p>Bei Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass in dem Bebauungsplan ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festgesetzt ist.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
31	SW Kiel Service GmbH	04.01.2017	X		<p>Die oben aufgeführte „Aufstellung zur 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20“ der Gemeinde Schönberg haben die Stadtwerke Kiel sowie die Fachbereiche der SWKiel Netz GmbH hinsichtlich unserer Versorgungsleitungen geprüft und nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				<p>Neu- oder Umbauten sind zusätzlich zum B-Planverfahren durch Anfragen mit Leistungswerten beim Netzbetreiber (projektinfo@stadtwerke-kiel.de) mindestens 4 Monate vor dem geplanten Baubeginn anzumelden.</p> <p>Hinweis zum Thema 'Ver- und Entsorgung' auf Seite 15 in der Begründung:</p> <p>Das Gasversorgungsnetz erstellt und betreibt die SWKiel Netz GmbH, ein Unternehmen der Stadtwerke Kiel AG.</p> <p>Baumpflanzungen und Abstände:</p> <p>Bei Bebauungen und Baumpflanzungen ist ein seitlicher Mindestabstand von 2,0 m zu unseren vorhandenen Versorgungsleitungen und -anlagen einzuhalten.</p> <p>Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er wird bei der Erschließungsplanung berücksichtigt werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
32	Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V.				

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB		Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
			Ja	Nein		
33	Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH	03.01.2017		X	Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 21.12.2016 nebst beigefügten Planunterlagen und teilen Ihnen hierzu mit, dass wir als Träger öffentlicher Belange aus der Sicht unseres Omnibus-Linienverkehrs keine Einwände gegen die vorliegenden Planungen erheben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
34	Wasserbeschaffungsverband Panker-Giekau	31.01.2017	X		<p>Der Wasserbeschaffungsverband Panker-Giekau (WBV) hat keine Bedenken gegen die vorgelegte Bauleitplanung der Gemeinde Schönberg.</p> <p>Die Belange des Verbandes werden durch die Satzungen des Wasserbeschaffungsverbandes Panker-Giekau geregelt.</p> <p>Zur Begründung, 8.2 :</p> <p>Löschwasser kann im technisch möglichen Rahmen zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Eine Garantie hinsichtlich Menge und jederzeitiger Bereitstellung des Löschwassers kann der WBV nicht übernehmen.</p> <p>Im Planbereich befindet sich eine Versorgungsleitung des WBV Panker-Giekau.</p> <p>Im Zuge der Bebauung würde es zu einer Überbauung bzw. Unterschreitung der Abstandsflächen kommen.</p> <p>Rechtzeitig vor Beginn der Erschließungsarbeiten soll daher eine Verlegung der Leitung durch den WBV erfolgen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Sachverhalt wird bei der Erschließungsplanung geprüft werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird hierzu eine Abstimmung</p>

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Stellungnahmen zum Verfahren gem. §. 4 Abs. 2 BauGB und gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom	Anregungen		Bemerkungen / Anregungen	Gemeindliche Stellungnahme und Abwägungsentscheidung
		Ja	Nein		
				Der WBV Panker-Giekau ist daher über den Stand der Planungen auf dem Laufenden zu halten.	mit dem WBV erfolgen. Die Belange des WBV werden bei der Erschließungsplanung berücksichtigt werden.

Bebauungsplan Nr. 20 - 14. Änderung, Gemeinde Schönberg

Beteiligungsverfahren gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit: 21.12.2016 - 03.02.2017

Beteiligungsverfahren gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit: 27.12.2016 - 03.02.2017

Abwägung - Entwurfsfassung

Fazit /Beschlussempfehlung:

Für die Planung ergeben sich folgende Änderungen:

- Änderung einer textlichen Festsetzung:

Der Abstand, der zwischen den überdachten Stellplätzen (Carports), Garagen und Nebenanlagen auf der einen Seite und der Straßenverkehrsfläche auf der anderen Seite eingehalten werden muss, muss mindestens 3,00 m (statt bisher 5,00 m) betragen.

- Aufnahme einer zusätzlichen textlichen Festsetzung:

Terrassen werden bis zu einer Flächengröße von 25 m² nicht auf die maximal zulässige Grundfläche von 120 m² angerechnet.

- In der Begründung wird eine Ergänzung in das Kapitel 9 'Gefährdung durch Hochwasser - Risikogebiet' aufgenommen. Es handelt sich um den Hinweis auf eine zu beachtende Rechtsvorschrift.

Die Aufnahme einer zusätzlichen textlichen Festsetzung und die Änderung einer textlichen Festsetzung führen zu einer Veränderung der Planung. Wenn die Planung nach dem Beteiligungsverfahren geändert wird, muss eine erneute Beteiligung erfolgen. Da die Änderungen nicht die Grundzüge der Planung berühren, ist es gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zulässig, die Beteiligung auf die Behörden und Privatpersonen zu beschränken, deren Belange durch die Änderungen betroffen sind. Im vorliegenden Fall sind nur die Belange des Kreises Plön (Kreisplanung und untere Bauaufsicht) und des Flächeneigentümers betroffen.

Es wird empfohlen, eine beschränkte Beteiligung durchzuführen. Es sollten zum einen die Abteilungen 'Kreisplanung' und 'untere Bauaufsicht' des Kreises Plön und zum anderen der Eigentümer der Flächen, die baulich entwickelt werden sollen, beteiligt werden.

erstellt am: 06.04.2017